

Energiebrief 02/2019

Der Informationsdienst für energiepolitische Entscheider

2 SCHWERPUNKT

Energiegesetze: Flügel für die lahme Ente

Mit der Regierung kamen auch die Pläne für ein Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) zu Fall. Inhaltlich braucht es den raschen Neustart – bis zur Angelobung einer neuen Regierung darf man darauf nicht warten. Die wesentlichen Projekte für die kommenden Wochen.

4 ENERGIESTANDORT

Erneuerbaren-Ausbau: Die konkreten Pläne der Branche

Die meisten reden von der Energiewende – die E-Wirtschaft setzt sie um. Die konkreten Pläne der Branche, wenn es um den Ausbau von Wasser, Wind, Photovoltaik und den Netzen geht. Plus: Was darüber hinaus noch geschehen muss.

Stromkunden: Rückendeckung für den Umbau

Eine Energiewende ohne die Konsumenten ist de facto nicht vorstellbar. Aber was denken Herr und Frau Österreicher über den Umbau des Energiesystems. Von erwartbaren – und durchaus überraschenden – Antworten.

Zukunft der Mobilität: Saubere Luftfahrt? Geht E!

Während sich in Skandinavien die „Flugscham“ rasant ausbreitet, denkt man in der Branche bereits über einen Umstieg auf E-Flugzeuge nach. Über die Chancen und Möglichkeiten einer klimapolitischen Vision.

7 TERMINE

Trendforum: 3773 Tage bis 2030

Am 29. September 2019 wird ein neuer Nationalrat gewählt. Wir laden die Energiesprecher der wahlwerbenden Parteien ein, ihre Ideen zur Energiepolitik vorzustellen.

Seminar: Österreichs E-Wirtschaft kompakt

Lernen Sie in diesem Seminar alle relevanten wirtschaftlichen und technischen Zusammenhänge in der E-Wirtschaft kennen.

8 ÜBER UNS/IMPRESSUM

Energiegesetze: Flügel für die lahme Ente

Als „lame duck“ wird in den Vereinigten Staaten ein Präsident beschrieben, der aufgrund mangelnder Durchsetzungskraft im Kongress oder dem nahen Ende seiner Amtszeit kein Gewicht mehr auf die politische Waage bringt. Nun ist die Situation in Österreich zwar selten mit den USA vergleichbar. Doch aktuell gibt es Parallelen: Die Übergangsregierung aus Beamten und Experten hat sich darauf verständigt, kaum politische Initiativen zu setzen. Der Ball liegt im Nationalrat, wo es bisher zwar zu einigen Ad-hoc-Beschlüssen kam, die aber meist aus kurzfristigen und wahltaktischen Motiven gespeist waren.

DIE ZEIT DRÄNGT

Nun sind die politischen Verwerfungen und Emotionen der vergangenen Wochen nachvollziehbar Anlass genug, seitens der Regierung für Beruhigung sorgen zu wollen. Klar ist nur auch, dass dabei wesentliche und drängende Gesetzesinitiativen auf der Strecke bleiben.

Im Fall der Energiegesetzgebung ist das etwa so. Die heimische E-Wirtschaft hat das Vorhaben des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) begrüßt, über ein Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) endlich die Rahmenbedingungen für den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energieträger auf den Weg zu bringen. Ein solcher Schritt ist überfällig, will man die in der #mission2030 definierten Ziele erreichen. Die Umsetzung ist nur durch das jähe Ende der Regierung ausgeblieben.

Dabei war der Zeitplan schon davor ambitioniert. Angesichts der politischen Realität rückt er derzeit allerdings zunehmend ins Reich der Phantasie. Selbst wenn es nach

der Wahl Ende September zu einer raschen Regierungsbildung vor Weihnachten 2019 kommt und eine neue Regierung – egal in welcher Zusammensetzung – den Klimaschutz als eine der ersten Prioritäten definiert: Es wird zu einem verzögerten Inkrafttreten des EAG frühestens im Laufe des Jahres 2020 oder gar erst 2021 kommen. Aufgrund notwendiger Vorbereitungsarbeiten bis zu einem Baubeginn neuer Projekte (s. Story S. 4) kann es (je nach Genehmigungsstatus und Technologie) dann zu einer weiteren Verzögerung des Ausbaus von sechs bis achtzehn Monaten kommen. Zeit, die man angesichts der prekären Ausgangslage einfach nicht hat.

LEGISLATIVER NOTFALLPLAN

Nachdem der Ausbau der gesamten Energieinfrastruktur massiv drängt, stellt sich die Frage, wie zumindest legislativ leicht umsetzbare Projekte doch noch auf den Weg gebracht werden und so für eine möglichst geringe Verzögerung sorgen könnten.

Oesterreichs Energie hat sich den herausfordernden gesetzgeberischen Fahrplan angesehen. Das Fazit: Es bräuchte einen parlamentarischen Kraftakt seitens aller am Klimaschutz und der Energiewende interessierten Abgeordneten im Nationalrat. Schaffbar wäre ein „Notfall“-Gesetzespaket aber in jedem Fall. Folgende drei Punkte wären als Sofortmaßnahmen zu einer effektive Überbrückung bis zum Inkrafttreten eines neuen EAG nötig:

1. Warteschlangenabbau

Dieser ist vor allem in den Bereichen Wasser- und Windkraft dringend angesagt. Bei Kleinwasserkraft-Anlagen bis zu zwei Megawatt (MW) hat sich eine beträchtliche

Freies Spiel der Kräfte

Parteiübergreifender Konsens zum raschen Ausbau der Erneuerbaren und der Netze als Gebot der politischen Stunde



© Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Warteschlange aufgebaut. Bei der Windkraft, wo es zur Klimazielerreichung umfangreiche Kapazitätssteigerungen braucht, hat sich aufgrund des erschöpften Förderpotentials des alten Beihilfensystems ebenfalls ein beträchtlicher Rückstau an Projekten gebildet. Dieser wäre allerdings durch eine einfache Umstellung der Berechnungsmethode des Kontingents zu beheben.

2. Brückenförderungen

Diese sind der Schlüssel zu einer Beschleunigung auf allen der drei zentralen Baustellen des Ausbaus der erneuerbaren Quellen: Wasser, Wind und Photovoltaik (PV). Bei der Wasserkraft könnte die Förderung für baureife Kraftwerksprojekte in Form von Investitionszuschüssen einmalig aufgestockt werden. Bei der Windkraft braucht es eine ähnliche Lösung, vor allem die Neudotierung der entsprechenden Förderöpfe, für den Neubau und das Repowering bestehender Standorte. Allein für 2019 könnten auf diese Weise 70 MW mehr an Windkraft gebaut werden. Im Bereich PV ist, will man die 2030-Ziele erreichen, eine Verzehnfachung der mit 2016 installierten Leistung nötig. Ein zentrales Anreizelement dafür wäre eben eine Brückenförderung für PV und Stromspeicher.

3. Abbau bürokratischer Hürden

Auch hier sind alle Bereiche des Ausbaus – inklusive der Netze betroffen. Gerade beim Netzausbau könnte eine kostenneutrale Maßnahme die Energiewende befördern. Wird die für elektrische Leitungen bis 1.000 Volt geltende Ausnahmebestimmung von der Durchführung eines Bewilligungsverfahrens auf 45.000 Volt ausgedehnt (sofern keine Zwangsrechte in Anspruch genommen werden), wäre das ein wichtiger

Beitrag zu der von allen geordneten Netzstabilität. Im Bereich der PV, um ein Beispiel aus dem Bereich der Erneuerbaren zu nennen, würde die Abschaffung der Eigenverbrauchsabgabe und jene der Betriebsanlagengenehmigung für PV-Anlagen helfen. Im ersten Fall liegt bereits ein Ministerialentwurf im Parlament; die zweite Regelung für die Errichtung und den Betrieb von PV-Anlagen auf Gewerbebetrieben wird von vielen ohnehin nur als Schikane empfunden.

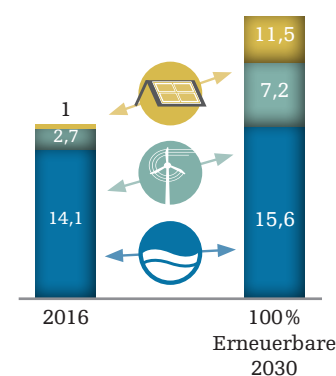
Kann man in diesen ideologisch unbedenklichen Punkten für ein Ende der legislativen Blockade sorgen, bliebe die Strategie für 2030 eine noch erfüllbare. Zudem würde nicht nur klimapolitischer sondern auch ökonomischer Schaden (Stw. Strafzahlungen) von der Republik angewendet. Um das zu bewerkstelligen, braucht die aktuell lahme Ente aber erst einmal provisorische Flügel.

Der Druck der Fakten

Sollen die Ausbauziele für 2030 halten, braucht es rasch gesetzliche Aktionen

Installierte Leistung aus erneuerbarer Erzeugung*

Angaben in GW



Quelle: Austrian Energy Agency 2018; eigene Schätzungen* Die Betrachtungen fokussieren aufgrund der erwarteten Erzeugungspotenziale auf Wasserkraft, Windkraft und Photovoltaik.

UNSERE POSITION

- Zeit der Übergangsregierung nicht sinnlos verstreichen lassen
- Ein legislatives Paket schnüren, dass noch vor Verabschiedung eines EAG für einen reibungsloseren Ausbau der Erneuerbaren und der Netze sorgt
- Warteschlangen an erneuerbaren Projekten abbauen
- Brückenförderungen beschließen
- Bürokratische Hürden und hemmende Regularien abbauen

Erneuerbaren-Ausbau: Die konkreten Pläne der Branche

Wer sich mit der Zukunft beschäftigt, sollte einen realistischen Blick auf die Gegenwart entwickeln. Im Jahr 2018 betrug der Inlandsstromverbrauch in Österreich (exkl. Pumpspeicher) 71,3 Terawattstunden (TWh). Das sind zwar 0,3% mehr Stromverbrauch als 2017, allerdings bei einem Wirtschaftswachstum von 2,7% und einem Bevölkerungswachstum von 0,43%. Besorgniserregend sind die gestiegenen Stromimporte (auf 8,9 TWh bzw. 12,5% des Verbrauchs).

WOHIN DIE REISE GEHT

Der Anteil der Erneuerbaren liegt bei 72,6%. Thermische Kraftwerke lieferten 27% des Stroms. Der Vergleich macht sicher: Im Europaschnitt stammten nur 29,6% des Stroms aus Erneuerbaren, 48% aus thermischer Erzeugung und 26% aus der Kernenergie.

Auch wenn die heimische Bilanz mehr als herzeigbar ist, braucht es zur Umsetzung der Klimaziele massive Investitionen. 2018 wendeten die elf größten Unternehmen der Branche dafür rund 1,6 Milliarden Euro auf. Bis 2030 braucht es laut Schätzungen aber noch einmal knapp 50 Milliarden Euro. Auf das Jahr heruntergerechnet wäre das eine Steigerung des Investitionsvolumens um rund das Dreifache.

BEREITSCHAFT DER BRANCHE

Die Branche ist bei den richtigen politischen Rahmenbedingungen zu einer Steigerung der Anstrengungen bereit. Aktuell plant und projiziert die E-Wirtschaft folgende Initiativen:

- Tatsächlich in Bau sind 21 Kraftwerksprojekte mit einer Gesamtleistung von knapp 730 Megawatt (MW) und einer Jahresstromerzeugung von etwas über einer TWh.
- Im Bereich Wasserkraft sind Projekte mit einer Leistung von über 2.800 MW und

einer Erzeugung von über 3.100 Gigawattstunden (GWh) in Planung. Zusätzliche Projekte im Konzeptionsstatus summieren sich auf über 1.000 MW und rund 330 GWh Erzeugung.

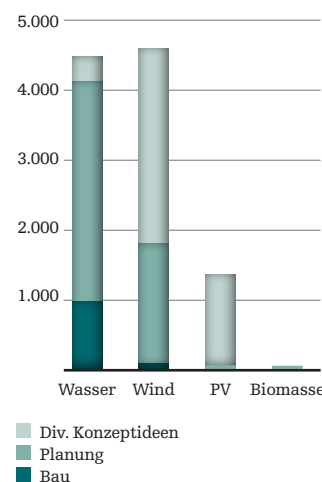
- Bei den Windanlagen sind Projekte im Umfang von über 600 MW Leistung und über 1.700 GWh an Stromproduktion in Planung. Zusätzlich liegen Konzepte über 970 MW Leistung und rund 2.500 GWh Erzeugung bei den Unternehmen der E-Wirtschaft vor.
- Im Bereich der Photovoltaik lesen sich die relevanten Zahlen so: In Bau sind 6,2 MW mit einer Erzeugung von 6,2 GWh. Weitere gut 28 MW Leistung und 28 GWh Erzeugung sind in Planung. Und auf der Konzeptebene finden sich Vorhaben über 1.200 MW Leistung bzw. über 1.300 GWh Erzeugung.
- Dazu kommen Netzinvestitionen von mehr als 10 Milliarden Euro und fast 23.000 Kilometer neue oder ertüchtigte Leitungen.

Diese Leistungsbilanz bzw. -versprechen ist zwar beeindruckend. Klar ist aber auch, dass es zur Erreichung der Klimaziele mehr Projekte geben müsste und auch die Politik ihr Schrittempo deutlich erhöhen müsste (s. Story ab S. 2).

Der Status Quo

Die Projekte der E-Wirtschaft laufen an – zur Erreichung der Klimaziele braucht es aber noch deutlich mehr

Angaben in GWh



Quelle: Oesterreichs Energie (Stand 05/2019)

UNSERE POSITION

- Bessere politische Rahmenbedingungen um Investitionen vermehrt anzustoßen
- Klare Zieldefinition, dass ein massiver Ausbau der Erneuerbaren vorangetrieben wird
- Abbau bürokratischer und regulatorischer Hürden bei der Realisierung von Projekten

Stromkunden: Rückendeckung für den Umbau

Die jährliche Meinungserhebung zur Energiepolitik und der Beziehung der Kundinnen und Kunden zu ihren Energieversorgern ist bei Oesterreichs Energie fast schon Tradition. Auch diesmal erhob das Gallup-Institut (1.000 Befragte österreichweit im April 2019) wieder die energiepolitischen Wünsche und Befindlichkeiten der Bevölkerung.

VERTRAUEN UND AUFTRAG

Auch schon traditioneller Weise macht sich die E-Wirtschaft gemeinsam mit dem Lebensmittelhandel und der Kommunalwirtschaft die Stockerlplätze aus. Geschätzt werden die Zuverlässigkeit (89 Prozent), die Leistungsfähigkeit (88 Prozent) und auch die fortschrittliche Orientierung (79 Prozent) der Branche.

Was die Umsetzung der Energiewende angeht, ist das Meinungsbild heterogen. So wissen nur drei (!) Prozent der Befragten, was die Regierung mit ihrer Klima- und Energiestrategie #mission2030 vorhatte. 78 Prozent hatten den Begriff dagegen nie gehört bzw. konnten damit keine Inhalte verbinden.

Kommunikativ ist da noch einiges zu tun. Die Erwartungshaltung ist dabei sehr konkret. Nach der Versorgungssicherheit (89%) halten die Menschen Maßnahmen zum Klimaschutz für zentral (86%). Sie haben auch sehr klare Vorstellungen davon, was zu tun ist – und auch wer in Sachen Umbau des Energiesystems zu „liefern“ hat. Immerhin 54 Prozent der Befragten meinen, dass das Ziel, 100 Prozent der Stromerzeugung bis 2030 aus erneuerbaren Quellen zu bestreiten „problemlos“ (17%) oder zumindest „mit Bemühungen“ (37%) zu schaffen sein wird. In der Umsetzungspflicht werden vor allem drei Gruppen gesehen: die E-Wirtschaft (83%), die Industrie und die Regierung (je 80%).

Interessant ist ein Detail: Die Konsumenten, also sich selbst, sehen „nur“ 61 Prozent in der Pflicht.

KONKRETE UNTERSTÜTZUNG

Unterstützung gibt es dagegen für die aus Sicht der E-Wirtschaft nötigen Maßnahmen beim Umbau der Energieversorgung. Immerhin 57 Prozent der Befragten sagen, dass die Stromerzeugungsmöglichkeiten in Österreich ausgebaut werden sollten, nur 30 Prozent sehen hier ausreichend Kapazität gegeben. Bei den ebenfalls dringend notwendigen Investitionen in die Netze ist die Mehrheit mit 40 zu 39 Prozent dünner.

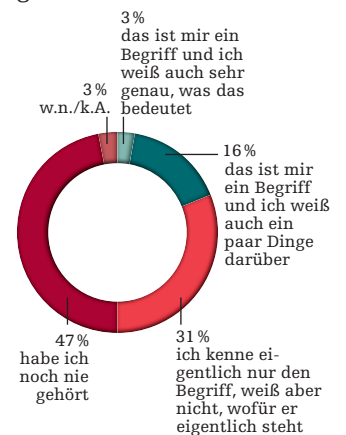
Schaut man sich die 57 Prozent der Ausbau-Befürworter an, kann man auch auf ein Ranking der Akzeptanz von Projekten schließen. Bei den erneuerbaren Quellen liegt der Ausbau der Wasserkraft (Zustimmung von 81 Prozent) vor der Forcierung der Windkraft (74%) und der Photovoltaik (73%). Dünner werden die Prozentzahlen, erfragt man den möglichen Beitrag von Haushalten zur Energiewende. Immerhin 29 Prozent können sich für Stromspar-Maßnahmen, 23 Prozent für einen Gerätetausch erwärmen.

UNSERE POSITION

- Parteiübergreifendes Bekenntnis zum Ausbau erneuerbaren Energien
- Breite Informationskampagne zu politischen Zielen einer Klima- und Energiestrategie
- Bessere Erklärung der Notwendigkeit des Netzausbaus
- Klare Aufklärung bei Widerständen gegen Projekte der Energiewende

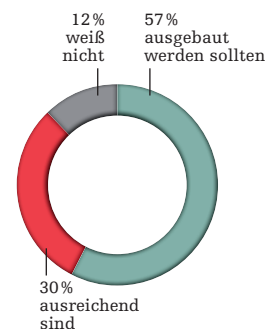
Weg ins Ungewisse

Mit der #mission2030 drang die Regierung nicht zu den Wählern durch – das Wissen um die Klima- und Energiepläne ist sehr mangelhaft



Mehrheit für den Ausbau

Eine klare Mehrheit sieht, dass die Herausforderungen nur mit einem Ausbau der erneuerbaren Quellen zu bewältigen sind



Quelle: Gallup Institut

Zukunft der Mobilität: Saubere Luftfahrt? Geht E!

In Schweden ist der neue Trend bereits zu beobachten: „Flugscham“ (Flygskam) nennt sich das Gefühl, das mehr und mehr umweltbewusste Menschen dazu bewegt, auf das Transportmittel Flugzeug weitgehend zu verzichten. Die Nutzung der Züge etwa auf der schwedischen Nord-Süd-Trasse ist so 2018 um ein Drittel gestiegen. Inspiriert (oder auch: unter Druck gesetzt) vom „Fridays for Future“-Aushängeschild Greta Thunberg folgen mittlerweile auch bekannte Politiker und Sportler dem Umstieg auf die Schiene.

KAMPF DER FLUGSCHAM

Gegen eine klimaschonende Einstellung und den bewussten Verzicht auf den bequemen und schnellen Flieger ist nichts einzuwenden. Die Abschaffung einer der in den vergangenen Jahrzehnten immer wichtiger werdenden Fortbewegungsmethode ist trotzdem kein Muss. Denn: Es gibt, zumindest auf der Kurz- und Mittelstrecke durchaus Alternativen zum Kerosin. Das Triebwerk eines Langstrecken-Passagierjets leistet rund 42 Megawatt (MW), und damit knapp ein Viertel der installierten Leistung des Donaukraftwerks Wien-Freudenu. Damit ist klar, dass eine entsprechende Batterie für die Langstrecke nach derzeitigem Forschungsstand mit rund 4.000 Tonnen nicht praktikabel wäre. Für diese Distanzen gibt es mit synthetischen Treibstoffen oder hybriden Systemen andere Ansätze. Für kürzere Distanzen allerdings wären E-Flugzeugen eine adäquate Lösung.

ALTERNATIVE E-FLIEGER

Nachdem 42 Prozent aller Emissionen durch Flüge von unter 1.000 Meilen erzeugt werden, ist der Umstieg auf diese emissions- und lärmreduzierende Art des Fliegens erstrebenswert. Die Luftverkehrsbranche tut auch einiges, um diese für viele wohl illusorische

Option zu fördern. Ab 2020 soll das Luftraum-Wachstum klimaneutral sein. Nicht zuletzt deshalb haben die Großen der Branche wie Airbus und Boeing bereits millionenschwere Programme an den Start gebracht.

Einige Länder setzen bereits auf die Zukunft des Fliegens. Norwegen will bis 2040 zumindest im Inlandsverkehr auf die elektrische Fliegerei umsteigen. Die lokale Fluglinie Widerøe will in ein bis zwei Jahren eine Ausschreibung für den Kauf von Elektroflugzeugen mit 12 bis 50 Sitzplätzen auf den Weg bringen. In Europa gehören laut dem Schweizerischen Luftfahrtmagazin SkyNews noch Slowenien, Frankreich und die Schweiz in die Gruppe der Vorreiter des E-Luftverkehrs.

Die Entwicklung des Flugverkehrs mit deutlichen Steigerungsraten wie auch neuen Anwendungsgebieten – etwa Luft-Taxis für die stark wachsenden Ballungszentren der Welt – zeigen jedenfalls die Notwendigkeit von Alternativen für den Status Quo. Welche Rolle Österreich dabei spielt, ist noch offen. Österreichs Industrie, etwa der Luftfahrtzulieferer FACC, wäre aber nicht schlecht positioniert, um auch hier zu einem Innovationschub beizutragen.

Der Traum vom E-Fliegen
Strom statt Kerosin ist längst keine Illusion mehr



© AdobeStock/chesky

42

Anteil der Flüge unter 1.000 Meilen an den Gesamt-Emissionen des Flugverkehrs in Prozent. Für diesen Bereich ist der E-Flugverkehr eine sinnvolle Alternative.

UNSERE POSITION

- Österreich zu einem der Vorreiter im Bereich E-Flugverkehr machen
- Vorhandenes Potenzial und Know-how in der heimischen Industrie nutzen
- Unterstützung durch gezielte Forschungsprogramme mit dem Ziel, E-Alternativen zum Kerosin zu entwickeln

Termine

Trendforum: 3773 Tage bis 2030

Wie erreicht Österreich die Klima- und Energieziele? Vor mehr als einem Jahr wurde die Klima- und Energiestrategie Österreichs verabschiedet. Noch vor dem Sommer 2019 sollte das Erneuerbaren Ausbaugesetz in Begutachtung gehen und spätestens Ende des Jahres verabschiedet werden. Doch dann kam alles anders und ein neuer Wahlkampf steht an, in dessen Zentrum auch das Thema Klimaschutz stehen wird.

Datum: 2. September 2019; 18.30 Uhr
Veranstaltungsort: Wolke 19, Ares Tower, Donau-City-Straße 11, 1220 Wien
Anmeldung/Auskunft: trendforum@oesterreichsenergie.at

Seminar

Österreichs E-Wirtschaft kompakt 2.0

Lernen Sie bei diesem Seminar wirtschaftliche und technische Zusammenhänge der E-Wirtschaft kennen, und erfahren Sie mehr über die Hintergründe und die aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Erzeugung, Netze, Handel & Vertrieb und Recht. Darüber hinaus erhalten Sie Einblicke in die energiewirtschaftlichen Mechanismen der EU und die wichtigsten technischen Regelwerke von Oesterreichs Energie. Eine Exkursion zur Austrian Power Grid Control rundet das Angebot ab.

Datum: 1. bis 2. Oktober 2019
Veranstaltungsort: Oesterreichs Energie, Brahmplatz 3, 1040 Wien
Anmeldung/Auskunft: akademie@oesterreichsenergie.at

Oesterreichs Energie

Oesterreichs Energie ist die Interessenvertretung der heimischen E-Wirtschaft. Der Präsident ist aktuell Salzburg AG-Vorstand Dr. Leonhard Schitter, M.A., Vize-Präsidenten sind Dipl.-Ing. Wolfgang Anzengruber (Vorsitzender des Vorstandes, Verbund AG), KommR Prof. Ing. DDr. Werner Steinecker, MBA (Vorstandsvorsitzender, Energie AG Oberösterreich) und Mag. Stefan Szyszkowitz, MBA (Vorstandsdirektor, EVN AG).

Seit 1953 vertritt Oesterreichs Energie die Interessen ihrer Mitglieder in deren Tätigkeitsfeldern: Erzeugung, Netze und Handel & Vertrieb. Dabei arbeitet Oesterreichs Energie laufend mit nationalen und internationalen politischen Entscheidungsträgern, Behörden und Körperschaften zusammen und vertritt die akkordierten Positionen der gesamten Branche. Derzeit repräsentiert Oesterreichs Energie rund 140 Unternehmen, die knapp 20.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, und schließt jährlich die Kollektivverträge für Arbeiter und Angestellte der Elektrizitätsunternehmen für das gesamte Bundesgebiet ab.

Die von Oesterreichs Energie vertretenen Mitglieder generieren mehr als 90 Prozent der gesamten österreichischen Stromerzeugung mit einer Engpassleistung von über

25.400 MW und einer Brutto-Stromerzeugung von 67,5 TWh jährlich. Darüber hinaus werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unternehmen rund 260.000 km Leitungen betrieben und ausgebaut.

Die Leistungen der E-Wirtschaft haben weitreichende Effekte über den Sektor hinaus: Jede investierte Milliarde Euro der E-Wirtschaft bewirkt ein Produktionsvolumen von rund zwei Milliarden Euro in der gesamten heimischen Volkswirtschaft.

Pro investierter Milliarde Euro schafft beziehungsweise sichert die E-Wirtschaft 7.300 Arbeitsplätze und erhöht die Wertschöpfung in Österreich um zusätzliche 670 Millionen Euro.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen und stehen Ihnen für Auskünfte und weitergehende Hintergrundinformationen jederzeit gerne zur Verfügung!

Generalsekretärin Dr. Barbara Schmidt
b.schmidt@oesterreichsenergie.at

Sie finden die Energiebriefe in elektronischer Form auch unter:
<http://oesterreichsenergie.at/energiebrief.html>

Impressum
Österreichs E-Wirtschaft
Brahmsplatz 3, 1040 Wien
Tel. +43 (0) 1 501 98 225
Fax +43 (0) 1 501 98 900
www.oesterreichsenergie.at



Präsident Dr. Leonhard Schitter und
Generalsekretärin Dr. Barbara Schmidt